

Belarus von außen demokratisieren?

Heinz Timmermann

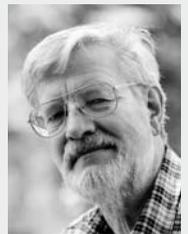
Auch wenn der belarussische Präsident Lukaschenko gern das Gegenteil behauptet: Das westeuropäische Interesse an Belarus ist in den letzten Jahren gewachsen. Wie aber kann der Westen sich für demokratischen Wandel in Belarus engagieren, Machtkonstellationen von außen aufweichen und eine erfolgreiche Verflechtung von innerer Transformation und Förderung von außen erreichen?

Risse im Lukaschenko-Regime

Ansatzpunkte bieten bestehende Widersprüche und Risse im Regime Lukaschenkos. Können steigende Erdgaspreise und sinkende Gewinne aus dem Reexport verarbeiteter Erdölprodukte nicht durch Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft aufgefangen werden, sind Versorgungsstaat, Ordnungssystem und Machtbasis des Regimes gefährdet. Dies eröffnet Chancen für die Einleitung europäisch geprägter demokratischer Transformationsprozesse.

Eine Farbenrevolution nach Kiewer Muster ist wenig wahrscheinlich. Lukaschenkos Repressionsapparat ist intakt und wird sogar weiter ausgebaut. Anders als in der Ukraine Kutschmas existiert in Belarus auch keine charismatische Führungsfigur der Opposition, verfügen die Alternativen über nur wenige praxiserfahrene Politiker, sind sie in Parlament und Wirtschaft gar nicht oder nur schwach vertreten. Gleichwohl ist die belarussische Nomenklatur keineswegs homogen. Im Falle einer Krise könnten sich frustrierte, pragmatisch orientierte Teile aus Politik und Wirtschaft auf die Seite der Opposition schlagen. Sie könnten in ein sich demokratisch wandelndes Belarus Kompetenz und Professionalität einbringen und sollten daher in die europäischen Kommunikationsprozesse einbezogen werden.

Nach der Osterweiterung der Europäischen Union blicken insbesondere urbane Bevölkerungsteile und junge Menschen zunehmend nach Europa, Russland hat dagegen an Attraktivität eingebüßt. In Verbindung mit Schwächen des Lukaschenko-Regimes bieten positive Signale aus dem Westen den alternativen Kräften daher Anreize zum Engagement für einen demokratischen Wandel.



Dr. phil Heinz Timmermann,
geb. 1938,
Freier Mitarbeiter der
Stiftung Wissenschaft und
Politik Berlin
tamtam2@web.de

Demokratisierung von außen?

Natürlich kann Belarus nicht allein oder auch nur vorrangig von außen demokratisiert werden. Eine außengesteuerte Strategie des raschen *Regime Change* böte dem Regime die Chance, Verschwörungstheorien zu konstruieren und damit kritische Alternativen zu diskreditieren und durch Repressionsmaßnahmen auszuschalten. Voraussetzung für einen erfolgreichen demokratischen Wandel ist vielmehr die nachhaltige Delegitimierung und Schwächung des Regimes einerseits sowie die Herausbildung einer starken, geschlossenen und kompetenten Alternative andererseits. Beides ist in Belarus nur ansatzweise vorhanden: In freien und fairen Wahlen würde Lukaschenko vermutlich noch immer über 50 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Zugleich ist die Opposition auch weiterhin geprägt von innerer Strukturschwäche, taktischen Differenzen über den Weg zur Demokratie und nicht zuletzt von persönlichen Ambitionen ihrer Führungsfiguren.

Gleichwohl gibt es in Belarus Chancen für einen evolutionären Regimewandel. Im Zentrum steht hierbei die asymmetrische doppelte Dialog- und Kooperationsstrategie der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Sie unterstützt den vorrangig von innen angestoßenen und vertieften Wandel von außen zum einen durch selektive Kontakte mit Regimevertretern. Dies dient nicht nur der Gewährleistung eines zuverlässigen Grenzmanagements, transparenter Transitregelungen sowie der Bekämpfung „weicher“ Sicherheitsrisiken. Regierungsamtlicher Zustimmung bedarf auch die Arbeit ausländischer Organisationen, Stiftungen und NGOs, die auf demokratischen Wandel von außen zielen.

Das *Non-Paper*-Dokument „Was die EU Belarus bieten könnte“ vom November 2006 vermittelt Belarus eine dem Nachbarn Ukraine vergleichbare Perspektive umfangreicher Fördermaßnahmen – vorausgesetzt, das Regime leitet einen Prozess politischer und rechtsstaatlicher Reformen ein. Dadurch demonstriert das *Non Paper* Oppositionellen und kritischen Nomenklaturvertretern in Belarus den potenziellen Nutzen eines Regimewandels und die Nachteile, die fortdauernde Repression und Selbstisolierung des Lukaschenko-Regimes nach Westen zur Folge haben.

Die konditionierten Angebote bilden die eine Seite der doppelten Dialogstrategie von außen. Sie sollen die rigiden Positionen des scharf autoritären Regimes durch nachhaltige

Kooperationsangebote aufweichen und die Menschen zu regimekritischem Engagement ermutigen. Die andere Seite der Strategie zielt darauf, der Opposition und der Zivilgesellschaft Solidarität und breite Unterstützung zu erweisen. Dies befördert Kompetenz und Professionalität in der belarussischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, motiviert aktives Handeln nach europäischen Werten und wirkt dem Gefühl entgegen, in Europa ausgegrenzt und isoliert zu sein. Im Zusammengehen von demokratischer Opposition und pragmatisch-professionellen Nomenklaturvertretern könnte dies beim Übergang vom Autoritarismus zur Demokratie zur Herausbildung einer *Großen Koalition der Vernunft* führen, die sich an europäischen Werten orientiert, die Wirtschaft im Zuge einer Modernisierungspartnerschaft mit der EU umstrukturiert, die europäische Perspektive mit guten Beziehungen zu Moskau verbindet und somit letztlich auch Konfliktpotenzial zwischen EU und Russland entschärft.

Handlungsoptionen europäischer Akteure

Die Verleihung des Sacharow-Preises an den Präsidentschaftskandidaten Milinkewitsch im November 2006 in Straßburg demonstriert die Solidarität der EU mit dem demokratischen Lager in Belarus und zeigt, dass das Land gerade in Form seiner Opposition in der Union präsent ist. Lukaschenko dagegen absolvierte seinen letzten offiziellen Staatsbesuch in der EU im Juli 1996 in Paris, also kurz vor dem Verfassungsputsch vom November 1996. Solche symbolisch beeindruckenden Handlungen sollten in Zukunft den Anstoß für ähnliche Auszeichnungen zugunsten herausragender regimekritischer Vertreter aus Belarus geben.

Zu den weiteren Aktivitäten von außen zählt ein mit jährlich 2,5 Mio. Euro ausgestattetes Förderprogramm Belarus der Bundesregierung. Das von deutschen und belarussischen Partnern gemeinsam erarbeitete und umgesetzte Programm trägt dazu bei, durch Unterstützung nachhaltiger Projekte mit Vorbildcharakter das Engagement für europäische Werte und Normen in Belarus zu stärken.

Relativ dicht ist das Netz zivilgesellschaftlicher und städtepartnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus. Diese Verbindungen ermöglichen die Implementierung zivilgesellschaftlicher Projekte „von unten“ und betreiben damit

„eine Außenpolitik in ihrem besten Sinne“ (Helmut Frick, deutscher Exbotschafter in Minsk). Wenn möglich, geschieht dies unter Einbeziehung offizieller Instanzen, sodass diese auch ihrerseits die Vorteile autonomen Handelns direkt verspüren.

Eine große Bedeutung hätte das Aufbrechen der Blockade kritischer Information durch Unterstützung der verbliebenen unabhängigen Printmedien. Darüber hinaus sollte das Netz grenzüberschreitender Rundfunk- und Fernsehstationen so erweitert werden, dass sie tatsächlich das breite Publikum in Belarus erreichen. Zu diesem Zweck haben Polen und Deutschland in jüngerer Zeit ihr entsprechendes Engagement weiter verstärkt.

Bekräftigt werden sollten Solidarität und Unterstützung für die demokratischen Parteien in Belarus, z. B. durch ihre zunehmende Einbindung in europäische und internationale Parteiorganisationen sowie durch wachsende Präsenz von Parteivertretern europäischer Länder in Minsk. Betont werden muss dabei die Notwendigkeit, in der Opposition und in der perspektivischen Transformationsphase möglichst einheitlich aufzutreten, um Spaltungsmanöver des Regimes zu verhindern sowie die Öffentlichkeit von der eigenen Schlagkraft und Kompetenz zu überzeugen.

Darüber hinaus sollte Belarus in eine „Europäische Stiftung für Demokratie“ auf europäischer Ebene einbezogen werden. Auch Milinkewitsch setzte sich in seiner Straßburger Rede für die Schaffung eines Demokratiefonds ein. Aus ihm könnten über die nach ihrer Vertreibung aus Minsk (2004) in Vilnius angesiedelten Europäischen Humanistischen Universität hinaus Aus- und Fortbildungen von Studenten, Wissenschaftlern, Wirtschaftsexperten und Journalisten im EU-Raum unterstützt werden, die dem Prozess der Demokratisierung ein breites, kompetentes Fundament geben.

Kontraproduktiv ist die Verteuerung der Schengen-Visa von 35 auf 60 Euro ausschließlich für belarussische, nicht aber auch für russische und ukrainische Bürger. Sie steht in krassem Widerspruch zu der Intention, die *People-to-People*-Kontakte auszuweiten und die Menschen in Belarus mit den Realitäten in den EU-Ländern vertraut zu machen. Nicht zuletzt auf Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen hat sich der Deutsche Bundestag der Sache mit dem Ziel angenommen, die Visakosten für belarussische Staatsbürger auf ukrainisches und russisches Niveau abzusenken.

Die EU ist keineswegs an einer Isolierung von Belarus interessiert, wie vom Lukaschenko-Regime immer wieder behauptet wird. Im Gegenteil: Die meisten EU-Staaten sind in Minsk mit Botschaften vertreten, Europäische Union und OSZE sind präsent und treten vor Ort für demokratischen Wandel ein. Auch unterliegt der europäische Handel mit Belarus keinen Einschränkungen – Wirtschaftssanktionen, wie sie im Westen als Antwort auf Repressionsmaßnahmen des Regimes gelegentlich vorgeschlagen werden, finden keine Zustimmung, da sie eher die Bevölkerung treffen als die Machthaber. Beide strategischen Linien von Präsenz und Kommunikation sollten auch in Zukunft fortgesetzt und nicht infrage gestellt werden.

Russland als wichtiger Einflussfaktor

Polen als Nachbarstaat verleiht den EU-Außenbeziehungen in Bezug auf Belarus wichtige Akzente und pflegt enge Kontakte zu dessen Zivilgesellschaft. „Neben der geografischen Nachbarschaft sind Minderheiten, enge historische Bezüge, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen, dichter grenzüberschreitender Verkehr und manches mehr Hintergrund dieses besonderen Engagements“, so ein deutscher Diplomat. Erfahrung und Kompetenz Polens sollten daher stärker mit analogen Aktivitäten Deutschlands zusammengeführt und genutzt werden, um die Kräfte demokratischen Wandels in Belarus noch nachhaltiger zu unterstützen. Die deutsch-belarussische Gesellschaft hat hier mit ihrem jährlichen Minsk-Forum ein deutliches Zeichen gesetzt.

Zugleich muss Demokratieförderung in Belarus von außen den Faktor Russland, den noch immer wichtigsten auswärtigen Akteur in der Region, in ihr Kalkül einbeziehen. Daher sollte die EU in ihren Beziehungen zu Russland den Problemfall Belarus auch weiter deutlich thematisieren – bilateral im Zuge des neuen „Vertrags über strategische Partnerschaft“ oder multilateral im Rahmen der OSZE. Zwar nimmt Moskau die Unterstützung demokratischer Prozesse in Belarus durch die EU und ihre Mitgliedstaaten als geopolitisches Ausgreifen in die eigene Einflussphäre wahr und nicht als Folgen der Attraktivität der EU für die belarussische Gesellschaft. Immerhin könnten der Energiekrieg Russland-Belarus 2006/07 und dessen negative Konsequenzen dazu beitragen, dass Moskau seine grundsätzlich regimestützende Position überdenkt: Die Unberechenbarkeit des

Lukaschenko-Regimes bereitet – etwa im Blick auf das umstrittene virtuelle Unionsstaatsprojekt – auch Russland zunehmend Probleme und untergräbt das Vertrauen Europas in die Zuverlässigkeit des russischen Partners.

Aus europäischer Sicht könnte ein von östlichem Druck entlastetes, unabhängiges und demokratisch gewandeltes Belarus in seinen Außenbeziehungen zumindest mittelfristig eine Brücken- und Scharnierfunktion zwischen seinen östlichen und westlichen Nachbarn übernehmen. Hierüber mit Russland Einvernehmen zu erzielen, wäre ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung Weißrusslands von außen. Immerhin gibt es ungeachtet der Integrationskonkurrenz und der ihr zugrunde liegenden Wertedifferenz im sensitiven Beziehungsdreieck Russland-Osteuropa-EU Möglichkeiten für eine Verständigung. Dies demonstriert die Beteiligung hochrangiger Vertreter der EU, Russlands und der Ukraine an der erfolgreichen Vermittlung und Konfliktlösung in den dramatischen Kiewer Verhandlungen über die politischen Neukonstellationen nach dem demokratischen Aufbruch vom November/Dezember 2004.



Weiterlesen:

A. Lorenz: Politischer Wandel in Belarus
WeltTrends 29

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten Streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die WeltTrends *Papiere*!

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Erfolgreich gescheitert! Die EU-Verfassungskrise
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirad, M. A. (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de

Jedes WT-Papier nur 5 €

www.welttrends.de